

Inhalt

Vorwort der Herausgeber — 9

Dierk Hoffmann

Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit.
Eine Einführung — 13

1. Zwischen friedlicher Revolution 1989 und deutscher Einheit 1990: Selbstermächtigung und Entstaatlichung — 18
2. Die Treuhandanstalt unter Detlev Karsten Rohwedder 1990/91: Expansion, Professionalisierung und öffentliches Image — 41
3. Die Treuhandanstalt unter Birgit Breuel (1991–1994): Behörde im Umbau, ökonomischer Strukturwandel und soziale Konflikte — 75

Christian Rau

Transformation von unten.
Zur Gesellschaftsgeschichte der ostdeutschen
Belegschaftsproteste 1989–1994 — 117

1. Von Helden zur Herausforderung der Demokratie: Neue Perspektiven auf die ostdeutsche Protestgeschichte — 118
2. Demokratisierung und Realpolitik: Betriebliche Proteste im postrevolutionären Übergang — 126
3. Gespaltene Gewerkschaften: Die IG Metall und die Treuhandproteste vom Frühjahr 1991 — 135

4. Bündnispolitik von unten: Die radikale Linke und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative 1992/93 — 148

5. Protest und Demokratieerfahrung: Der Hungerstreik von Bischofferode — 160

Der lange Schatten ostdeutscher Arbeitskämpfe – eine Bilanz — 177

Wolf-Rüdiger Knoll

Deindustrialisierung oder Aufschwung Ost?
Der Strukturwandel in Ostdeutschland und die Rolle der Treuhandanstalt am Beispiel des Landes Brandenburg — 183

1. Sozialistische Industrialisierung: Entwicklung der Brandenburger Industrie bis 1989 — 188

2. Umbruch, Abbruch, Aufbruch: Treuhandanstalt und sozioökonomische Transformation in Brandenburg — 195

3. Landespolitische Wirtschaftsinitiativen und wirtschaftliche Entwicklungen bis 2020 — 214

4. Strukturwandel in der Lausitz — 227

Fazit: 50 Jahre Strukturwandel in Brandenburg — 237

Keith R. Allen

Ostdeutsche Sanierungen
im westeuropäischen Binnenmarkt.
Das multinationale Ringen um Beihilfen
für Schiffbau und Stahl — 245

1. Schiffbaubeihilfen und die Dänen: Ein Vorläufer des britisch-deutschen Stahlkonflikts — 251

2. Britische Einwände gegen die Umstrukturierung der Stahlindustrie — 263

Schlussfolgerungen — 286

Eva Schäßler

Die Privatisierung der anderen.
Privatisierungskonzepte und -wege in
deutsch-tschechischer Perspektive — 289

1. Wechselseitige Wahrnehmung der ostdeutschen
und der tschechischen Privatisierung — 290
2. Ostdeutsche Anteilscheine und
tschechische Kupons — 301

Fazit — 329

Andreas Malycha

»Alte Seilschaften«.

Die Personalpolitik der Treuhandanstalt
im Kreuzfeuer der Kritik — 333

1. Der Auftrag der Vertrauensbevollmächtigten — 334
2. Kontroversen um »alte Seilschaften«
in der Treuhandzentrale — 346

Fazit — 363

Rainer Karlsch

Grauzonen und Wirtschaftskriminalität.

Die Treuhandanstalt: ein Spielball für

»Betrügerpersönlichkeiten«? — 365

1. Wirtschafts- und Vereinigungskriminalität — 370
2. Auseinandersetzungen um die Reprivatisierung — 377
3. Ein letzter große Triumph der »Deutschland AG« — 380
4. Interne Kontrollgremien: Stabsstelle Besondere Aufgaben
und Insiderpanel — 385
5. Interessenkollisionen im Vorstand — 392
6. Kriminalitätsthroughsuchte Niederlassungen? — 402

Resümee — 417

Autorinnen und Autoren — 421

Vorwort der Herausgeber

Noch in der Spätphase der DDR gegründet, entwickelte sich die Treuhandanstalt zur zentralen Behörde der ökonomischen Transformation in Ostdeutschland. Ihre ursprüngliche Aufgabe war die rasche Privatisierung der ostdeutschen volkseigenen Betriebe (VEB). Sehr bald aber wies ihr die Politik zahlreiche weitere Aufgaben zu. Sukzessive sah sich die Treuhandanstalt mit der Lösung der Altschuldenproblematik, der Sanierung der ökologischen Altlasten, der Mitwirkung an der Arbeitsmarktpolitik und schließlich ganz allgemein mit der Durchführung eines Strukturwandels konfrontiert. In ihrer Tätigkeit allein ein behördliches Versagen zu erkennen wäre daher ahistorisch und einseitig, auch wenn die Bilanz der Treuhandanstalt niederschmetternd zu sein scheint. Denn von den etwa vier Millionen Industriearbeitsplätzen blieb nur ein Drittel übrig. Das öffentliche Urteil ist daher ganz überwiegend negativ. Die Kritik setzte schon ein, als die Behörde mit der Privatisierung der ersten VEBs der DDR begann. Bis heute verbinden sich mit der Treuhandanstalt enttäuschte Hoffnungen, überzogene Erwartungen, aber auch Selbsttäuschungen und Mythen. Außerdem ist sie eine Projektionsfläche für politische Interessen und Konflikte, wie die Landtagswahlkämpfe 2019 in Ostdeutschland deutlich gemacht haben. Umso dringender ist es erforderlich, die Tätigkeit der Treuhandanstalt und mit ihr die gesamte (ost-)deutsche Transformationsgeschichte der frühen 1990er-Jahre wissenschaftlich zu betrachten. Dies ist das Ziel der Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt, deren Bände die Umbrüche der 1990er-Jahre erstmals auf breiter archivalischer Quellengrundlage beleuchten und analysieren.

Die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe brachte für viele Menschen nicht nur Erwerbslosigkeit, sondern auch den Verlust einer sichergeglaubten, betriebszentrierten Arbeits- und Lebenswelt. Insofern ist die Erfahrungsperspektive der Betroffenen weiterhin ernst zu nehmen und in die wissenschaftliche Untersuchung ebenso zu integrieren wie in die gesellschaftspolitischen Konzepte. Der mit der Transformation einhergehende Strukturwandel hatte Folgen für Mentalitäten und politische Einstellungen, die bis in die Gegenwart hineinreichen. Dabei wurden die individuellen und gemeinschaftlichen Erfahrungen und Erinnerungen stets von medial geführten Debatten über die Transformationszeit sowie von politischen Interpretationsversuchen geprägt und überlagert. Diese teilweise miteinander verwobenen Ebenen gilt es bei der wissenschaftlichen Analyse zu berücksichtigen und analytisch zu trennen. Der erfahrungsgeschichtliche Zugang allein kann die Entstehung und Arbeitsweise der Treuhandanstalt sowie die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft nicht hinreichend erklären. Vielmehr kommt es darauf an, die unterschiedlichen Perspektiven miteinander in Relation zu setzen und analytisch zu verknüpfen, um so ein differenziertes und vielschichtiges Bild der Umbrüche der 1990er-Jahre zu erhalten.

Diese große Aufgabe stellt sich der Zeitgeschichte erst seit Kurzem, denn mit dem Ablauf der 30-Jahre-Sperrfrist, die für staatliches Archivgut in Deutschland grundsätzlich gilt, ergibt sich für die Forschung eine ganz neue Arbeitsgrundlage. Das öffentliche Interesse konzentriert sich auf die sogenannten Treuhandakten, die im Bundesarchiv Berlin allgemein zugänglich sind (Bestand B 412). Sie werden mittlerweile auch von Publizistinnen und Publizisten sowie Journalistinnen und Journalisten intensiv genutzt. An dieser Stelle sei aber daran erinnert, dass schon sehr viel früher Akten anderer Provenienz allgemein und öffentlich zugänglich waren – die schriftliche Überlieferung der ostdeutschen Landesregierungen oder der Gewerkschaften, um nur einige Akteure zu nennen. Darüber hinaus können seit einiger Zeit auch die Akten der Bundesregierung und der westdeutschen Landesverwaltungen eingesehen werden. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Bei aller Euphorie über die quantitativ wie qualitativ immer breiter

werdende Quellengrundlage (allein zwölf laufende Aktenkilometer Treuhandüberlieferung im Bundesarchiv Berlin) sollte allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass Historikerinnen und Historiker die Archivalien einer Quellenkritik unterziehen müssen. Dies gehört grundsätzlich zu ihrem Arbeitsauftrag. Da die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Aussagekraft vor allem der Treuhandakten hoch sind, sei dieser Einwand an dieser Stelle ausdrücklich gemacht. So gilt es, einzelne Privatisierungsentscheidungen der Treuhandspitze zu kontextualisieren und mit anderen Überlieferungen abzugleichen. Zur Illustration der Problematik mag ein Beispiel dienen: Treuhandakten der sogenannten Vertrauensbevollmächtigten und der Stabsstelle Recht enthalten Vorwürfe über »SED-Seilschaften« und »Korruption«, die sich auch in der Retrospektive nicht mehr vollständig klären lassen. Die in Teilen der Öffentlichkeit verbreitete Annahme, die Wahrheit komme nun endlich ans Licht, führt daher in die Irre und würde ansonsten nur weitere Enttäuschungen produzieren. Es gibt eben nicht *die* historische Wahrheit. Stattdessen ist es notwendig, Strukturzusammenhänge zu analysieren, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen, Widersprüche zu benennen und auch auszuhalten. Dazu kann die Zeitgeschichtsforschung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie mit quellengesättigten und methodisch innovativen Studien den historischen Ort der Treuhandanstalt in der Geschichte des vereinigten Deutschlands bestimmt, gängige Geschichtsbilder hinterfragt und Legenden dekonstruiert.

Im Rahmen seines Forschungsschwerpunktes »Transformationen in der neuesten Zeitgeschichte« zu den rasanten Wandlungsprozessen und soziokulturellen Brüchen der Industriegesellschaften seit den 1970er-Jahren hat das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) im Frühjahr 2013 damit begonnen, ein großes, mehrteiliges Projekt zur Geschichte der Treuhandanstalt inhaltlich zu konzipieren und vorzubereiten. Auf der Grundlage der neu zugänglichen Quellen, die erstmals systematisch ausgewertet werden konnten, ging das Projektteam insbesondere folgenden Leitfragen nach: Welche politischen Ziele sollten mit der Treuhandanstalt erreicht werden? Welche Konzepte wurden in einzelnen Branchen und Regionen verfolgt, und was waren die Ergebnisse? Welche gesellschaft-

lichen Auswirkungen haben sich ergeben? Wie ist die Treuhandanstalt in internationaler Hinsicht zu sehen?

Bei der Projektvorbereitung und -durchführung waren Prof. Dr. Richard Schröder und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué unterstützend tätig, denen unser ausdrücklicher Dank gilt. Über Eigenmittel hinaus ist das IfZ-Projekt, das ein international besetzter wissenschaftlicher Beirat kritisch begleitet hat, vom Bundesministerium der Finanzen von 2017 bis 2021 großzügig gefördert worden. Auch dafür möchten wir unseren Dank aussprechen. In enger Verbindung hierzu standen zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Einzelprojekte von Andreas Malycha und Florian Peters.

Dierk Hoffmann, Hermann Wentker, Andreas Wirsching

Dierk Hoffmann

Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit. Eine Einführung

Ein Jahr nach dem Mauerfall machte eine Verkäuferin aus Ost-Berlin ihrem Unmut über die neue marktwirtschaftliche Ordnung Luft. In einem Zeitungsleserbrief schrieb sie: »Es ist gerade jetzt, da wir vor einem Jahr im November auf der Mauer saßen und gemeinsam mit den Westberlinern Sekt tranken, sehr bedrückend zu hören und zu lesen, wie ›bei uns‹ die Zahl der Arbeitslosen steigt und ›drüben‹ sinkt. So haben wir uns das damals nicht vorgestellt.«¹ Anschließend schilderte sie ihre konkreten Eindrücke von der Arbeitswelt, die sich innerhalb kürzester Zeit radikal verändert hatte. Empört zeigte sich die Verkäuferin über die Verdrängung ostdeutscher Produkte im Warensortiment, worüber sie aus eigener Erfahrung berichtete: »Wir hofften, daß wir unsere Produkte verbessern können und man uns dabei hilft. Statt dessen hat man sie [...] regelrecht aus den Kaufhallen und Geschäften gefegt, ihren weiteren Verbleib als Billigkonkurrenz verhindert.« In ihrer subjektiven Wahrnehmung kamen die bereits einsetzenden Transferzahlungen aus dem Westen bei den Betroffenen nicht an, sondern vergrößerten die soziale Ungleichheit: »Ist es richtig, daß das ganze viele Geld, diese irren Milliarden, die man uns in Bonn besorgt und geborgt hat, nicht schnell genug in die Kassen der Großen zurückfließen können? Und die ›Zinsen‹ müssen wir auch noch tragen.«

Der Leserbrief verdeutlicht erstens die hohen Erwartungshaltungen, die viele Menschen in Ostdeutschland an die Wiedervereinigung knüpf-

1 Leserbrief von Regine H., in: Neue Zeit vom 14.11.1990.

ten. Er unterstreicht zweitens die enorme Dynamik der Ereignisse, die schon bei den Zeitgenossen ein Gefühl der Überwältigung auslöste. Mit zunehmendem Abstand zum 3. Oktober 1990 fällt die Bilanz der deutschen Einheit in der Medienöffentlichkeit sogar noch kritischer aus. Zu den vorgetragenen Monita zählen etwa das nach wie vor bestehende Wohlstands- und Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland, die vergleichsweise niedrigen Renten,² aber auch die fehlende Repräsentanz Ostdeutscher in den Funktionseliten.³ Im Mittelpunkt der Kritik steht nicht nur die Art und Weise, wie die Transformationsprozesse Anfang der 1990er-Jahre abgelaufen sind, sondern auch die Treuhandanstalt (THA) als zentrale Akteurin. Das Urteil über sie ist nahezu einhellig negativ: Die Behörde wurde in jüngster Zeit als »Kolonialbehörde«⁴ bzw. als »Symbol der Zerschlagung«⁵ bezeichnet. Kritiker haben die Privatisierungspolitik der Behörde etwa als »Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln« beschrieben.⁶ Sogar der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) und die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen am 5. Februar 2020 werden mit ihr in Verbindung gebracht.⁷ Die Treuhandanstalt ist letztlich eine Projektionsfläche nicht nur für enttäuschte Hoffnungen, sondern auch für politische Interessen. Bei den Landtagswahlkämpfen 2019 in Branden-

2 Vgl. Johanna Weinhold: Die betrogene Generation. Der Kampf um die DDR-Zusatzrenten, Berlin 2021.

3 Vgl. Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« vom 8.12.2020, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/abschlussbericht-kommission-30-jahre.pdf> (Zugriff am 11.8.2021).

4 Kolonie Ost? Aspekte von »Kolonialisierung« in Ostdeutschland seit 1990, Tagung des Dresdner Instituts für Kulturstudien am 3./4.4.2019, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-89268> (Zugriff am 5.7.2021).

5 Symbol der Zerschlagung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.5.2018.

6 Dietmar Bartsch: Die Treuhandwunde heilen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.6.2019.

7 Vgl. Sebastian Bähr: Glatze der Treuhand. Thomas Kemmerich – Erst unbekannt, dann gehasst, in: Neues Deutschland Online vom 7.2.2020, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1132566.thomas-kemmerich-glatze-der-treuhand.html> (Zugriff am 5.7.2021).

burg, Sachsen und Thüringen wurde sie zum Thema gemacht. Sowohl die Linkspartei als auch die AfD sprachen sich dafür aus, einen parlamentarischen Treuhand-Untersuchungsausschuss in Berlin bzw. in Erfurt einzurichten, obwohl es einen solchen Ausschuss bereits 1993/94 im Deutschen Bundestag gab. Während die beiden Parteien in Ostdeutschland um die Vorherrschaft als Regionalpartei ringen, nutzen auch wirtschaftsliberale Akteure die Erinnerung an die Behörde, um tagespolitische Forderungen zu untermauern. So warnte der CDU-Wirtschaftsrat die Bundesregierung Ende März 2020 vor einer »Treuhandanstalt 2.0«, die durch Staatsbeteiligungen an Unternehmen während der Coronakrise entstehen könne.⁸ Die hier skizzierten Debatten zeigen, dass sich die Ende 1994 offiziell aufgelöste Privatisierungsbehörde nach wie vor als Chiffre eignet, um politische Interessen zu artikulieren.

Die negativen Deutungen der Treuhandanstalt sind nicht neu, sondern gehen bis in die 1990er-Jahre zurück, als die Treuhand mit der Privatisierung der volkseigenen Betriebe der ehemaligen DDR beauftragt war. Sie beeinflussen die gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatten immer noch stark. Daraus folgt, dass die Zeitgeschichte vor einer vierfachen Herausforderung steht: Erstens geht es darum, die Umbrüche der 1990er-Jahre als Problemerzeugungsgeschichte der Gegenwart (Hans Günter Hockerts) systematisch und differenziert zu untersuchen. Zweitens gilt es, die damit eng verbundenen geschichts- und erinnerungspolitischen Narrative zu dekonstruieren, die wegen der Sogwirkung öffentlicher Debatten auch auf die Wissenschaft einwirken.⁹ Drittens muss sie

8 Rheinische Post vom 25.3.2020, <https://www.presseportal.de/pm/30621/4555958> (Zugriff am 5.7.2021).

9 Zählleibige Legenden ranken sich bis heute auch um die Treuhandakten und das Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ): Die damalige sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping (SPD) behauptete in einem Interview, das IfZ habe die Treuhandakten erhalten, und beklagte sich darüber, dass die angebliche Aktenübernahme »still« und ohne öffentliche Ausschreibung erfolgt sei. Vgl. Kerstin Decker: Die Seelsorgerin, in: Der Tagesspiegel vom 8.10.2018. Dieselbe Journalistin stellte noch zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit die Behauptung auf, die Akten der Treuhandanstalt seien »auch heute nicht frei zugänglich«. Vgl. dies.: In einem verkauften Land, in: Der Tagesspiegel vom

die Vorstellung von 1989 als Zäsur hinterfragen und nach der Prägekraft der Erfahrungen der 1970er- und 1980er-Jahre für jene der 1990er-Jahre fragen.¹⁰ Viertens ist eine Verinselung des Untersuchungsgegenstands auf einen rein deutschen Bezugsrahmen tunlichst zu vermeiden. Denn der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft traf nicht nur die ehemalige DDR, sondern ganz Osteuropa. Die Transformation ist eine gesamteuropäische Geschichte, mit einer starken globalen Dimension – und ebenso starken nationalen Besonderheiten.

Die Treuhandanstalt stellte für die Marktwirtschaft westdeutscher Prägung ein ordnungspolitisches Novum dar, für das es kein Vorbild gab. Sie entzog sich von Anfang an einer klaren begrifflichen Einordnung, was vor allem mit dem expandierenden Aufgabenprofil und den Enttäuschungen zusammenhing, die viele ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im Transformationsprozess sammelten. Zeitgenossen kennzeichneten die Treuhandanstalt schon früh mit schillernden Begriffen, die Funktion und Arbeitsweise der Sonderbehörde auf den Punkt bringen sollten. So war

4.7.2020. Auch manche Historikerin kann sich der Verschwörungstheorie nicht entziehen, die sich um die Treuhandakten gebildet hat. So ließ Kerstin Brückweh in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung den Eindruck entstehen, das IfZ habe einen privilegierten Zugang zu diesen Akten. Vgl. Kerstin Brückweh: Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2020) B 28/29, S. 4–10, hier S. 9. Besonders wirkmächtig ist ein Zeitungsartikel des Bochumer Historikers Constantin Goschler, der insinuierte, das IfZ-Projekt folge »parteilichem Intentionen« und sei eine Gefälligkeitsarbeit für den damaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Vgl. Constantin Goschler: *Ruinöser Ausverkauf oder alternativloser Umbau?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.1.2017. Dieses Narrativ verbreitete auch sein Doktorand Marcus Böick. Vgl. Marcus Böick: *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994*, Bonn 2018, S. 71. Die Unterstellung fand auch Eingang in die Streitschrift von Petra Köpping. Vgl. dies.: *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten*, Berlin 2018, S. 39f. Goschlers FAZ-Artikel war offenbar auch Anstoß für eine Sendung des politischen Kabarets im ZDF. Vgl. *Die Anstalt* vom 5.11.2019 (»Die Abwicklung der DDR – 30 Jahre Mauerfall«), <https://www.claus-von-wagner.de/tv/anstalt/20191105-30-jahre-mauerfall> (Zugriff am 19.10.2021).

10 Aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive: Kerstin Brückweh/Clemens Villinger/Kathrin Zöller (Hg.): *Die lange Geschichte der »Wende«*. *Geschichtswissenschaft im Dialog*, Berlin 2020.

etwa von einem »Staat im Staate« die Rede.¹¹ Altbundeskanzler Helmut Schmidt sah in der Anstalt eine »überaus mächtige, mit großen Kompetenzen und Finanzmitteln ausgestattete Nebenregierung«.¹² Das Negativurteil, das sich in der Öffentlichkeit rasch durchsetzte, schlug sich auch in den Buchtiteln zahlreicher Publikationen nieder, die Anfang der 1990er-Jahre erschienen.¹³ Der vorliegende Band bündelt nicht nur wichtige Ergebnisse eines großen Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin,¹⁴ sondern greift weiterführende Fragestellungen auf, die im Mittelpunkt sowohl wissenschaftlicher als auch öffentlicher Debatten stehen. Dabei wird zunächst von der These ausgegangen, dass es sich bei der Treuhandanstalt um eine überforderte Behörde handelte, die vonseiten der Politik zahlreiche Aufgaben zugewiesen bekam und die von Anfang an unter einem beträchtlichen Erwartungsdruck der Öffentlich-

11 Irrwege im Niemandsland, in: Der Spiegel vom 4.3.1991.

12 Helmut Schmidt: Handeln für Deutschland. Wege aus der Krise, Berlin 1993, S. 32.

13 Peter Christ/Ralf Neubauer: Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991; Heinz Suhr: Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt am Main 1991; Martin Flug: Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs, Berlin 1992; Rüdiger Liedtke (Hg.): Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993.

14 Dierk Hoffmann: Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 167–185. In der Zwischenzeit sind bereits andere Studien erschienen, die auf der Auswertung von Treuhandakten basieren. Vgl. Louis Pahlow/André Steiner: Die Carl-Zeiss-Stiftung in Wiedervereinigung und Globalisierung 1989 bis 2004, Göttingen 2017; Norbert F. Pötzl: Der Treuhand-Komplex. Legenden – Fakten – Emotionen, Hamburg 2019. Dagegen führt Marcus Böick im Archivverzeichnis seiner Dissertation (wie Anm. 9) den Treuhandaktenbestand (B 412) zwar auf, ohne aus ihm aber zu zitieren. Der von ihm angegebene Aktenbestand des Treuhand-Untersuchungsausschusses (THAUA, im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags) wurde erst nach der Drucklegung allgemein öffentlich zugänglich gemacht. Das hat manchen Rezensenten jedoch nicht davon abgehalten, die vermeintliche Auswertung unveröffentlicher Archivalien, insbesondere der Treuhandakten, ausdrücklich hervorzuheben. Vgl. Rezension von Alexander Leipold, in: Neue Politische Literatur (2020), S. 568–570; Rezension von Werner Bühner, in: Francia-Recensio 2020, DOI: 10.11588/frrec.2020.1.71624 (Zugriff am 30.5.2022).

keit stand. Hinzu kamen die enorme zeitliche Dynamik und die rasch auftretenden Folgen der Privatisierungspolitik, die den Handlungsspielraum der Behörde immer wieder neu bestimmten. Daraus ergab sich ein hochgradig komplexes und ein sich dynamisch veränderndes Kräftefeld bzw. Setting, in dem die Treuhandanstalt agierte. Ziel des Bandes ist nicht die enzyklopädische Darstellung aller Tätigkeitsfelder der Treuhandanstalt, sondern eine exemplarische Auswahl einzelner, relevanter Themenfelder, in deren Mittelpunkt das ambivalente und spannungsreiche Wechselverhältnis zwischen Treuhandanstalt und Transformationsgesellschaft steht.¹⁵

1. Zwischen friedlicher Revolution 1989 und deutscher Einheit 1990: Selbstermächtigung und Entstaatlichung

Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 war für die Zeitgenossen in Ost und West nicht absehbar, dass am 1. Juli 1990 die Einführung der Marktwirtschaft in der noch bestehenden DDR und am 3. Oktober die staatliche Einheit Deutschlands kommen würde. Innerhalb von wenigen Monaten veränderte sich für die Menschen in der DDR nahezu vollständig das politische, wirtschaftliche und soziale Koordinatensystem. Mit

15 Der Begriff »Transformationsgesellschaft« tauchte bereits im Untertitel der 2019 publizierten Studie von Steffen Mau über Lütten Klein auf. Vgl. außerdem Michael Schwartz: Transformationsgesellschaft. DDR-Geschichte im vereinigten Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), S. 346–360. Dagegen ist der von Thomas Großbölting eingeführte Begriff der Wiedervereinigungsgesellschaft zeitlich sehr viel enger gefasst, zumal er ähnlich verlaufende sozioökonomische Prozesse in Osteuropa beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft unberücksichtigt lässt. Vgl. Thomas Großbölting: Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.

der friedlichen Revolution im Herbst 1989 setzte zunächst ein Prozess der Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung ein, der immer mehr offene gesellschaftliche Debatten ermöglichte.¹⁶ Das zeigte sich nicht nur bei den Montagsdemonstrationen auf den Straßen vieler ostdeutscher Städte, sondern auch in den volkseigenen Betrieben und Kombinat. Eine Statistik des DDR-Innenministeriums registrierte zwischen August 1989 und April 1990 landesweit 206 Streiks und zwölf Betriebsbesetzungen.¹⁷ Betriebliche Proteste, die nach dem Mauerfall am 9. November 1989 verstärkt einsetzten,¹⁸ richteten sich anfangs gegen die Versorgungsmängel der Planwirtschaft und schlossen dabei Kritik an Werks- und Betriebsleitern mit ein. Bei den Forderungen ging es auch um Fragen der sozialen Ungleichheit in den Betrieben, so zum Beispiel die bisherige Praxis bei der Vergabe von Ferienplätzen und Kuren sowie der Pkw-Zuteilung.¹⁹ Darüber hinaus stellten immer mehr Beschäftigte die Legitimation der offiziellen Gewerkschaften – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und

16 Dabei zeigten sich aber auch schon Verwerfungen innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft. Zum Gegensatz zwischen Bürgerrechtsbewegung und Intellektuellen auf der einen und Protestbewegung auf der anderen Seite: Detlef Pollack: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020, S. 100–104.

17 Vgl. Bernd Gehrke: Die »Wende«-Streiks. Eine erste Skizze, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001, S. 247–270, hier S. 247.

18 Dagegen setzt Detlev Brunner den Beginn der Protestbewegung erst im Vorfeld des Staatsvertrags vom 18. Mai 1990 an. Vgl. Detlev Brunner: Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? Transformation und Protest in den 1990er-Jahren, in: Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020, S. 169–186, hier S. 171. Vgl. zur Protestkultur in Ostdeutschland den Beitrag von Christian Rau im vorliegenden Band.

19 Vgl. Jessica Elsner: Enttäuschte Hoffnung. Soziale Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach in der Transformationszeit (1989–91), in: Dierk Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin 2020, S. 174–187, hier S. 175–177. Allgemein zu den betrieblichen Protesten: Ilko-Sascha Kowalczyk: Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90, in: Peter Hübner (Hg.): Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Bonn 2014, S. 537–610, hier S. 586–592.

Industriegewerkschaften – infrage und forderten die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Schließlich bildeten sich in einigen Betrieben Initiativgruppen, die unter anderem für das Streikrecht und freie Wahlen eintraten.²⁰

Wirtschaftliche Prognosen in Ost und West

Das Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland war bereits vor 1989 ein offenes Geheimnis. Die durch den Mauerfall zutage getretenen Wirtschaftsprobleme waren für die ostdeutschen Wirtschaftsexperten nicht völlig überraschend. Um das DDR-Außenhandelsdefizit und das Problem des chronischen Devisenmangels in den Griff zu bekommen, hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker 1979 sogar die Erhöhung der Konsumgüterpreise in Erwägung gezogen; Einschnitte im sozial- und konsumpolitischen Bereich schienen kurzzeitig unausweichlich zu sein.²¹ Doch Ost-Berlin hielt bekanntlich am Kurs des Konsumsozialismus fest.²² Ende Oktober 1989 lag der neuen SED-Führung um Egon Krenz eine interne Analyse der Wirtschaftslage vor, die von der Staatlichen Plankommission (SPK) stammte und die Fehler der Planwirtschaft schonungslos benannte. Angesichts der steigenden Westverschuldung wurde eine Wirtschaftsreform gefordert, die jedoch vage blieb und über das in den 1960er-Jahren entwickelte Konzept (Neues Ökono-

20 Aufruf der »Initiative zur demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft«, Initiativgruppe von Arbeitern aus dem VEB ELGAWA, Plauen o. D. [Anfang Oktober 1989], in: Gehrke/Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989 (wie Anm. 17), S. 337.

21 Vgl. Peter Skyba: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 39–80, hier S. 65 f.

22 Vgl. Andreas Malycha: Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, München 2014, S. 6.